

AKTUELL

VERBOT VON ATOMWAFFEN

Unerwartete Wortmeldung

Raymond Klein

Bei Weitem nicht alle sind Pazifist*innen, aber die Bedrohung eines Nuklearkrieges hat sie zusammengebracht: 56 Ex-Politiker*innen sprechen sich gegen Atomwaffen aus.

Für eine atomwaffenfreie Welt wurde diese Woche ein wichtiges Signal gesetzt: Am Montag veröffentlichte die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN, www.icanw.de) einen von 56 ehemaligen Staats- und Regierungschefs, Außen- und Verteidigungsminister*innen aus 20 Nato-Staaten sowie aus Japan und Südkorea unterschriebenen Brief. Darin wird eine Kehrtwende in der Atomwaffenpolitik gefordert, weil das Risiko eines Einsatzes solcher Waffen sich derzeit erhöht. Die Verteidigungspolitik solle so gestaltet werden, dass sie nicht mehr auf nuklearer Abschreckung beruhe. Außerdem empfehlen die Unterzeichner*innen ihren Ländern, dem von den Atommächten heftig bekämpften Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten.

Die Namensliste unter dem Brief wird bei vielen Pazifist*innen ein mulmiges Gefühl hervorrufen, umfasst sie doch so manche Persönlichkeiten mit harten Positionen in militärischen Fragen. Insbesondere Javier Solana, Joschka Fischer und Rudolf Scharping gelten als Kriegstreiber. 1999 hatten sie maßgeblichen Anteil an der Bombardierung Rest-Jugoslawiens durch die Nato - ohne UNO-Mandat, was zur Zersetzung der internationalen Rechtsordnung beigetragen und damit die Gefahr eines großen Krieges erhöht hat. Wenig überraschend geht es im Brief denn auch nicht um die Abschaffung der Nato oder um Radikalpazifismus, sondern „nur“ darum, die Katastrophe eines Atomkriegs durch radikales Umdenken zu verhindern.

Der 2017 auf UN-Ebene verabschiedete Atomwaffenverbotsvertrag, für den die ICAN im gleichen Jahr den Friedensnobelpreis erhielt, dürfte bald in Kraft treten, es fehlen noch fünf Länder, die ihn ratifizieren. Er stellt ein ähnliches Verbot dar wie die von fast allen Staaten unterstützten Verträge gegen Landminen oder chemische Waffen. Doch auf Druck der USA haben alle Nato-Länder die Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot boykot-

tiert und bisher auch die Unterschrift verweigert. Durch dieses Verhalten, so heißt es im Brief, „verstetigen [wir] nukleare Gefahren - alles aus der Angst heraus, unsere Verbündeten, die an diesen Massenvernichtungswaffen festhalten, zu kränken“. Das sei falsch, man müsse „die Stimme erheben, wenn Freunde rücksichtsloses Verhalten an den Tag legen, das unsere und ihre eigenen Leben gefährdet“.

Und in Luxemburg?

Der Brief räumt auch mit einer Idee auf, die oft als Argument gegen einen Beitritt vorgebracht wird. Ein Land kann dem Vertrag beitreten, obwohl es, wie die 22 Herkunftsländer der Unterzeichner*innen, mit den USA verbündet ist: „Als Vertragsstaaten können wir in Allianzen mit nuklear bewaffneten Staaten verbleiben.“ Allerdings schließt der Vertrag die Zusammenarbeit hinsichtlich des Einsatzes oder der Verwahrung von Atomwaffen aus. Das betrifft insbesondere die „nukleare Teilhabe“, die einige Nato-Staaten praktizieren, zum Beispiel Deutschland auf dem Eifeler Stützpunkt Büchel (woxx 1530: Atombomben ganz nah!).

Und Luxemburg? Laut woxx-Informationen wurden auch mehrere hiesige Persönlichkeiten, die nicht mehr politisch aktiv sind, von ICAN angeschrieben, um den Brief zu unterzeichnen. Doch obwohl das Großherzogtum im Rahmen der Nato nichts mit Atomwaffen zu tun hat, scheint sich niemand bereitgefunden zu haben, den Appell zu unterzeichnen. Ermutigender ist die Reaktion der Gemeinden auf einen Appell der Friedensplattform (FSPL), zum Beitritt zum Vertrag aufzurufen. Im Rahmen des Gedenkens an Hiroshima und Nagasaki im August waren die 56 „Mayors for Peace“-Gemeinden angeschrieben worden, 13 haben bisher positiv geantwortet. In den kommenden Monaten soll die weltweite Initiative von Bürgermeister*innen gegen Atomwaffen in Luxemburg dynamisiert werden - dabei dürfte der Brief der 56 Persönlichkeiten eine gute Argumentationshilfe bieten.

Mehr über die 75-jährige Geschichte der Atomwaffen in unserer Hiroshima-Serie: woxx.eu/hiro75

SHORT NEWS

Rapport européen sur les drogues : Reine coca !

(lc) - Le rapport européen sur les drogues 2020 vient de tomber - mais avec un bémol. Les auteur-e-s expliquent dans leur introduction qu'à cause des effets de la pandémie, comme les restrictions de voyager ou les interdictions de se rassembler, les habitudes de consommation ont profondément changé : il faudra en tenir compte dans les années qui viennent - et voir les leçons à en tirer. En ce qui concerne l'année 2019, on constate en Europe une augmentation graduelle de la consommation de cocaïne, dont la pureté ne cesse de monter aussi - le rapport note aussi que le « marché de la cocaïne apparaît (...) comme un facteur important dans la violence liée aux drogues ». Quant aux opioïdes, comme l'héroïne, la tendance est au vieillissement de la population qui en use - une bonne nouvelle, car cela veut dire aussi qu'il y a moins de jeunes qui commencent. Quant au cannabis, il est constaté que le marché est en pleine mutation, surtout à cause du taux accru de THC dans les produits illicites, mais aussi à cause d'un marché de CBD légal qui connaît lui aussi une croissance folle. Le rapport suggère de « renforcer la surveillance dans ce domaine » et ne soutient donc pas vraiment les plans de légalisation luxembourgeois.

EU-Migrapak: Kein Schiff wird kommen

(tofu) - Ein erweitertes Engagement der EU bei der Seenotrettung von Flüchtlingen im Mittelmeerraum ist nicht vorgesehen. Das bestätigte während der Vorstellung des Entwurfs für einen EU-Migrationspakt Ylva Johansson. Die für Migration zuständige EU-Kommissarin ergriff auch diese Gelegenheit, um darauf hinzuweisen, dass die Vorschläge der EU-Kommission nicht zuletzt auf Abschreckung basieren (siehe den Themen-Artikel in dieser Ausgabe). „Die meisten Leute, die übers Meer kommen, haben ohnehin keinen Anspruch auf Asyl“, so Johansson. Sie gehe davon aus, dass die nun geplanten grenznahen Asylverfahren, auf die im Falle einer Ablehnung unmittelbar die Abschiebung erfolge, das Risiko einer Überfahrt ohnehin bald unattraktiv erscheinen lassen. Daher wolle man sich nicht mit eigenen Such- und Rettungsschiffen beteiligen. Lediglich Empfehlungen für eine Kooperation der Mitgliedsstaaten in diesem Bereich spricht man aus. Die Grenzschutzagentur Frontex soll „operationelle und technische Unterstützung“ leisten. „Wir begrüßen zwar, dass der neue Migrationspakt eine Kriminalisierung ziviler Seenotretter*innen beenden will“, so Jana Ciernioch von der zivilen Seenotrettungsorganisation „SOS Mediterranée“ über die aktuellen Pläne: „Wir befürchten aber die fortgesetzte Blockierung der Rettungsschiffe von NGOs unter technischen Vorwänden - in Zukunft koordiniert von der EU.“

online

Fage, Fairtrade und Feminismus

Sie mögen unsere Printausgabe, aber Sie wollen mehr woxx? Dann schauen Sie doch auf woxx.lu vorbei: Dort finden Sie Artikel, die ausschließlich online veröffentlicht wurden.

Fage geht, was bleibt? Die riesige Joghurtfabrik wird nicht gebaut. Kontext und erste Reaktionen. woxx.eu/fage

Bananensektor stark belastet Fallende Verkaufspreise, steigende Produktions- und Lebenskosten: Die Covid-19-Krise hat die von Ausbeutung geprägte Bananenindustrie in eine noch tiefere Krise gestürzt. woxx.eu/banane

Une cheffe pour faire évoluer l'Orchestre de chambre du Luxembourg Dans une profession réputée parfois misogyne, l'arrivée d'une femme est à saluer. woxx.eu/ocl

Sexistischer Dresscode im Diekircher Gymnasium Schüler*innen aus Diekirch sprechen sich mittels einer öffentlichen Petition gegen Frauenfeindlichkeit und Hypersexualisierung im LCD aus. Anlass ist ein seit kurzem geltender Dresscode. woxx.eu/dresscode